Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-γ-: Galizische Wirtschaft : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Galizische Wirtschaft

(Schluß)

Von alters her gehörte in jedem Ort das Gasthaus einem Juden, der die Schänke im Dorfe gepachtet hatte, und von dem der Gutsherr in den meisten Fällen seine Haupteinkünfte bezog. Das Verbot für die Juden, mit den Bauern zu handeln, Wirtshäuser zu halten und Branntwein zu schänken, wurde zwar fast unter jeder Regierung wiederholt, zeitweilig wurde sogar Todesstrafe darauf gesetzt, aber der gemeinsame Vorteil des Adels und der Juden erwies sich als stärker, und die Juden haben nie aufgehört, diesen für sie so einträglichen und für den Landmann so verderblichen Erwerbszweig zu betreiben. Das Schankrecht war seit undenklichen Zeiten ein Privilegium der Schlachta, nur der Dorfherr durfte im Bereiche der Gemeinde, in der sein Edelhof liegt, Schnaps, Bier und überhaupt geistige Getränke erzeugen und verkaufen. Mit dem Vertriebe befaßte sich jedoch der Schlachtschitz persönlich nicht, sondern er verpachtete sein Recht an Juden, wofür er sie recht gut zahlen ließ. Auf diese Weise ist eine Unzahl jüdischer Dorfschänken im Lande entstanden, die die Brutstätte aller Laster, der Ursprungsort unsäglichen Elends geworden sind. Die Schlachta kümmerte sich wenig darum, was ihre Pächter, die Schankjuden, mit den rechtlosen Bauern trieben; sie wollte nur den Pachtschilling pünktlich haben, und das Schankrecht gehörte zu den schönsten sogenannten „trocknen Einkünften" des Großgrundbesitzes. Sie ließ dem Schnapsjuden vollständig freie Hand, und dieser spielte die Rolle eines Beamten der Gutsherrschaft, die ihm eine Art Oberaufsicht über ihre Leibeignen gewährte ohne Rücksicht auf die Bedrückungen, die ein solcher Beamter ausüben konnte, der alle Gelegenheit hatte, zu wuchern, das Bauernvolk zu entsittlichen. Und woher sollten dem Juden Rücksichten kommen für dieses in Knechtschaft nahezu vertierte Volk, das auch von dem ihm stammverwandten allmächtigen Gutsherrn als rechtlose Sklaven beschimpft und gepeitscht wurde, an denen er wohl gelegentlich in trunknem Übermut die Güte eines neuen Jagdgewehrs erprobte, ohne daß ein Hahn danach krähte? Der Jude fühlte sich, ganz abgesehen von seinem ererbten orientalischen Stammesgefühl, als besser und höherstehend diesen Leuten gegenüber, die in ihrer entsetzlichen Roheit zu ihm kamen, um ihr tiefes Elend in dem höchsten Zustande sinnloser Trunkenheit zu vergessen, die der Jude verabscheute; hatte er genug verdient, so wurden die Trunkenbolde zur Tür hinausgeworfen. Diese Leute hatten für ihn bloß einen Wert, so lange sie etwas besaßen und dazu beitrugen, daß er rasch soviel zusammenraffen konnte, um an einem andern Orte ein minder gefährliches Gewerbe zu betreiben, denn nichts

schützte ihn davor, daß ihm das von allen Seiten bedrückte Volk, in plötzlich auflodernder Wut, Nachts das Haus anzündete, oder daß er meuchlerisch totgeschlagen wurde, worüber wahrscheinlich auch kein Hahn gekräht hätte, da er schließlich doch bloß ein Jude war. Man kann daraus ersehen, wie sich eine von Anfang an verfehlte wirtschaftliche Grundlage in ihrer natürlichen Entwicklung zu einem Herd der Unsittlichkeit und allgemeiner Verderbnis entwickeln mußte. Der Fehler war ein grundsätzlicher, und zu seiner Beseitigung oder wenigstens zu seiner Bekämpfung hatte die Regierung keine Macht, denn um ihre papiernen Erlasse kümmerte sich kein Mensch, und das Unheil der Dorfschänken wuchs weiter. Der Dieb konnte gestohlenes Gut dort verwerten, Familienprozesse wurden dort vom Winkelkonsulenten ausgeheckt, Heirats- und Verkaufsverträge abgeschlossen, alles beim Schnaps und alles zum Nachteil des Bauern. Eine wahre soziale Tragödie liegt darin, daß das Volk eigentlich gegen seinen Willen der Trunksucht zugeführt wurde und noch heute zugeführt wird, und es dürfte wenig Länder auf Erden geben, in denen dieses Laster so fürchterliche Verwüstungen anrichtet wie in Galizien.

Dieses Monopol der Großgrundbesitzer zum Ausschank geistiger Getränke, das sogenannte Propinationsrecht, bestand in ganz Polen, ist aber im preußischen wie im russischen „Anteil" längst durch den Staat beseitigt worden, doch in Galizien besteht es noch heute dem Wesen nach fort und ist eine der Hauptursachen, warum der polnische und der ruthenische Bauer die väterliche Scholle verlassen und in immer größern Scharen auswandern. Bezeichnend ist es, daß vor zwölf Jahren das Land Galizien der Schlachta das Propinationsrecht abgekauft hat, die dafür die Kleinigkeit von 66 Millionen Gulden als Ablösung erhielt. Dieser Betrag wurde durch die Ausgabe von vierprozentigen galizischen Propinationsobligationen aufgebracht. Es geschah dies durch die galizische Landesgesetzgebung, die sich in dieser Richtung von denen andrer österreichischer Kronländer, wo gleichfalls das Getränkemonopol zugunsten des landtäflichen Besitzes bestanden hatte, sehr unvorteilhaft unterscheidet. Eine so ungeheure Ablösung ist auch niemals in irgend einem andern Lande dem Großgrundbesitz gewährt worden. Doch den galizischen Landtag beherrscht die Schlachta, und die wird wohl wissen, was ihr gut tut. Die Anleihe soll aus den Einkünften des Propinationsfonds bis zum Jahre 1910 getilgt werden; bis dahin übt das Land das früher der Schlachta zustehende Schankrecht aus. Natürlich ist der bei der Einführung der Ablösung ausposaunte Plan, die Trunksucht und den entsittlichend wirkenden Einfluß der jüdischen Schankpächter einzudämmen, auch nicht im geringsten verwirklicht werden. Die Schlachta hat ihre 66 Millionen, und im übrigen ist alles beim alten geblieben. Die Propination muß heute den größten Teil der Kosten für die galizische Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung bestreiten, ja für eine große Anzahl von Gemeinden ist sie die einzige Einnahmequelle. Darum ist auch die ganze galizische Gesetzgebung darauf berechnet, daß die Bevölkerung möglichst viel trinkt, und daß ihr die Gelegenheit dazu nicht mangelt. Jedes Gläschen Schnaps muß, bevor es in den Magen des polnischen oder des ruthenischen Bauern gelangt, erst recht hohe und mannigfaltige Steuern entrichten. Zuerst

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

kommt die Staatssteuer, die siebzig Heller vom Liter rektifiziertem Alkohol ausmacht, dann die Landesverbrauchsabgabe und zu dieser die Zuschläge für die Bezirks- und Gemeindeverwaltung. Also haben der Staat, das Land, der Bezirk und die Gemeinde Vorteil davon, wenn es recht viele Trinker gibt, den größten Vorteil hat aber natürlich der Propinationspächter und sein Unterpächter, der jüdische Schankwirt, auf den keineswegs ganz unverdient der allgemeine Haß fällt, denn er ist den ausgebeuteten Bauern der nächste.

Damit alles hübsch beim alten bleiben konnte, hat man folgendes Verfahren eingeschlagen. Die Direktion des Landespropinationsfonds verpachtet nicht etwa die einzelnen Schänken an bestimmte Personen, sondern das Schankrecht für einen ganzen Bezirk. Wer die galizische Verwaltung kennt, der versteht ohne weiteres, daß der Zuschlag bei der Lizitation nur einem Schlachtschitzen oder einem jüdischen Unternehmer, der sich vertragsmäßig zur Abnahme der Getränke aus den Brennereien und den Brauereien eines Schlachtschitzen verpflichtet hat, erteilt wird. Dieses neu erpachtete Recht, für das er eigentlich schon den Kaufpreis erhalten hat, übt nun der Schlachtschitz oder sein Hintermann nicht selbst aus, sondern er verpachtet es im ganzen oder im einzelnen weiter an die Schankjuden und hat so doppelten Gewinn. Das gilt als ein durchaus sauberes Geschäft und schließt sich auch vollkommen an die althergebrachte Sitte an. So ist kein geringerer als der ehemalige österreichische Ministerpräsident Graf Kasimir Badeni der Pächter des Propinationsrechts für den ganzen Bezirk Zloczow. Im Bezirke Sombor verpachtete man das Propinationsrecht für dreizehn Dörfer an einen Juden um den lächerlich geringen Betrag von dreitausend Gulden; dieser verpachtete die einzelnen Schänken weiter, und ein einziges Dorf bringt ihm dabei mehr ein, als er für alle dreizehn gegeben hat. Alles das muß nach wie vor der Bauer bezahlen. Man nötigt ihn förmlich, Schnaps zu trinken, darum ist in allen Gasthäusern auf den Dörfern auch nur Schnaps zu haben. Nicht einmal Brot ist in solchen Wirtshäusern zu bekommen, noch weniger ein Stück Fleisch; das mag sich der Bauer, wenn er danach verlangt, aus der meilenweit entfernten Stadt selbst holen und daheim kochen. Auch der fremde Wandrer, der sich aus irgend welchen Gründen in die Gegenden Galiziens außerhalb der Städte verirrt, hat darunter zu leiden. Obgleich der jüdische Schankwirt das Geld des Fremden zu schätzen weiß und bereit ist, sich selbst eine Entbehrung aufzuerlegen, so ist doch meist bei ihm nichts zu haben als Kaffee, der immer gut ist, Branntwein ordinärster Qualität ist dagegen in beliebiger Menge vorhanden.

Keine Pest, keine Elementarereignisse schlagen dem galizischen Bauern so tiefe Wunden wie die unzähligen Schnapsjuden, die auf Schritt und Tritt die Trunksucht fördern, den ärmsten Leuten den letzten Heller aus der Tasche ziehn, ihre Gesundheit untergraben und sie zu förmlichen Heloten erniedrigen. Die städtische Propination in Tarnopol, die täglich über tausend Liter Branntwein verkauft, lag vor einigen Jahren in den Händen der Pächter Schapira und Adlersberg. Gegen diese erstattete, wie der „Dziennik polski" meldete, die Gendarmerie Strafanzeige, weil diese findigen Pächter an jedem Maß-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gefäße den Boden nach innen eingedrückt hatten, damit es weniger Inhalt habe. Nach den von sachkundiger Seite angeleiteten Berechnungen waren die Konsumenten mindestens um 42000 Kronen geschädigt worden. Diese gesamte Verpachtungswirtschaft der Propinationen geschieht überall nur zum Nachteil der Bevölkerung, denn alle Pächter verstehn sich zu bereichern.

In Jaroslau wollte vor zwei Jahren der christliche Gutsbesitzer Baron Wattmann die Propination in Pacht nehmen; er bot mehr als die bisherigen Pächter und verpflichtete sich auch, während der Dauer des Pachtverhältnisses die Preise nicht zu erhöhen. Trotzdem wurde der Zuschlag den frühern Pächtern Freudenheim und Goldfinger zugeschlagen, und diese hatten denn auch nichts eiligeres zu tun, als vom nächsten 1. Januar an die städtischen Abgaben von geistigen Getränken eigenmächtig um 25 Prozent zu erhöhen. Das wollte sich die Bevölkerung natürlich nicht gefallen lassen, es fand eine Versammlung von zweitausend Personen statt, in der beschlossen wurde, man werde die städtische Propination boykottieren, wenn der Magistrat diesen Raubzug nicht vereitle.

Przemysl ist eine Stadt von 45000 Einwohnern mit zahlreichen Beamten und einer der größten Garnisonen der Monarchie. Dort hatte die Gemeinde ihre Propinationsgerechtsame auf fünf Jahre für 150000 Gulden jährlich an ein Konsortium Freudenheim, Wolf, Reisner und Herzig verpachtet. Die mögen ein glänzendes Geschäft gemacht haben, denn bei der Neuverpachtung fanden sich mehrere Konkurrenten, die aber den Zuschlag nicht erhielten, weil die Entscheidung schon im voraus feststand. Fürst Adam Sapieha, der Vorsitzende im Bezirksausschuß und einer der einflußreichsten Männer in Galizien, besitzt nämlich in dem benachbarten Krasiczyn eine Bierbrauerei, die bisher jährlich etwa achttausend Hektoliter Bier, ein wenig beliebtes Gebräu, nach Przemysl lieferte. Dieses Bier muß aber in der Stadt getrunken werden, so wollen es Fürst Sapieha, die Gemeindeverwaltung, sowie Freudenheim und Genossen; deshalb blieben alle andern günstigen Angebote unberücksichtigt, Freudenheim und Konsorten erhielten die Propination, und die Zukunft des fürstlichen Bräuhauses in Krasiczyn war wieder auf fünf Jahre gesichert. Was die Bürgerschaft dazu sagte, war gleichgiltig, für die armen Juden und Christen war das fürstliche Gebräu gut genug, für die bessern Leute, bei denen natürlich die Beamten und die Offiziere hauptsächlich in Betracht kamen, wurden auswärtige Biere zugelassen, natürlich mußte aber den Propinationspächtern eine hohe Getränkesteuer entrichtet werden; immerhin kostete der halbe Liter Pilsener achtzehn Kreuzer (30 Pfennige), also mehr als in Wien. Um einen höhern Profit herauszuschlagen, begannen Freudenheim und Genossen auch in Przemysl die Getränkepreise plötzlich hinaufzuschrauben — allerdings mit Ausnahme des Pilsener Bieres wegen der Offiziere. Die Erbitterung darüber war allgemein, Beamte und Bürger drohten mit Boykott, und die Arbeiter demonstrierten so nachdrücklich, daß die „Propinatoren" wenigstens vorläufig nachgaben und die frühern Preise, bis auf den Branntwein und die mindeste Sorte Bier, wiederherstellten. Dabei gaben sie aber nicht etwa ihren Raub auf, sondern sie zwangen einfach die Wirte, die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Preise auf den seitherigen Stand herabzusetzen, ließen ihnen aber den Getränkeaufschlag nicht nach. Was wollten die Wirte tun? Wenn sie sich weigerten, wurde ihnen überhaupt kein Getränk mehr geliefert, und sie hätten ihr Geschäft einfach zumachen können. Was sie getan haben, um sich dafür — natürlich zu ungunsten des Publikums — auf andre Weise schadlos zu halten, ist nicht bekannt geworden.

Es mag an diesen Beispielen, die beliebig vermehrt werden könnten, genug sein. Sie reichen hin, darzutun, in welcher Gestalt die „Reform" des Propinationswesens, die zur Eindämmung der Trunksucht und des verderblichen Schänkerunfugs dienen sollte, ins Werk gesetzt worden ist. Es ist eher schlimmer als besser geworden. Der Pächter der Propination hat, wie früher der Propinationsinhaber, das Recht, daß nur sein oder das von ihm gewählte Getränk für den von ihm festgesetzten Preis verkauft werden darf, und hat auf diese Weise die Bevölkerung eines ausgedehnten Bezirks oder einer größern Stadt vollkommen in den Händen. Eine freie Konkurrenz im Wirtsgewerbe gibt es nicht, Hotels und Inhaber von Restaurationen, die für ihre Gäste bessere Getränke brauchen, sind dem Pächter tributpflichtg und müssen sich mit ihm abfinden. Der gewöhnliche Pole und der arme Jude trinken niemals Bier, denn 9 bis 12 Kreuzer (neuerdings 18 bis 24 Heller) für ein Seidel elendes Bier sind für sie auf einmal zu teuer, jedenfalls kauft sich der Pole lieber einige Gläser Schnaps dafür, der Jude trinkt selten mehr als ein Gläschen. Der Schnaps ist stark, aber nichts weniger als rein; der „Aquavit" der Propinationen ist sehr fuselhaftig und brennt auf der Zunge, das liebt man in Galizien. Dieses Brennen rührt nun keineswegs immer allein vom Alkohol her, es gehört im Gegenteil zu den Geschäftskniffen des Branntweinschankgewerbes, diese Geschmacksempfindung durch allerlei Zusätze zu erhöhen, wobei an Alkohol gespart werden kann. Absude von Pfeffer und besonders von Paprika, aber auch noch andre Dinge spielen dabei eine Rolle, es wird sogar ziemlich allgemein behauptet, daß die Schnapsschänker dem Branntwein Schwefelsäure zusetzten, damit er recht brenne, was natürlich Unsinn ist. Jedenfalls fordert das Geschäft mit allen Kniffen vertraute und gewissenlose Leute, dann liefert es aber reiche Erträgnisse für alle am Verkauf Beteiligten.

Obgleich nun ein gar nicht bestimmbares Vielfache des Pachtertrags in die Tasche des Pächters und der Unterpächter fließt, macht doch das Land Galizien ein rentables Geschäft dabei. Der oberste Verwalter des Propinationsfonds ist der Statthalter von Galizien, und die jährlichen Schlußrechnungen werden dem Landtage vorgelegt. Nun hatte dieser Fonds während seines noch nicht zehnjährigen Bestehens schon mehr als zwölf Millionen Gulden Reserve angesammelt.. Man ist dahinter gekommen, daß da eine neue Geldquelle entdeckt worden ist. Die Schankpächter suchen zwar mit verdoppelter Eile aus dem übel beleumdeten Gewerbe soviel Nutzen wie möglich für sich herauszuschlagen, da sie mit der Möglichkeit rechnen, daß im Jahre 1910 das schöne Institut der Propination erlischt; ob das aber der Fall sein wird, das ist noch eine große Frage. Die bäuerlichen Abgeordneten haben zwar schon

zu verschiednen malen im Landtag Anträge eingebracht, in denen sie verlangen, daß nach dem Erlöschen des Propinationsrechts zugunsten des Landes ein Branntweinmonopol eingeführt wird, das auch nicht auf Gewinn, sondern auf Bekämpfung der Trunksucht eingerichtet werden soll. Bisher haben sie aber weder bei der Schlachta noch in den Reihen der sogenannten Demokraten Entgegenkommen dafür gefunden. Der sogenannte „Demokrat" Szczepanowski, der in dem Prozesse der galizischen Sparkasse 1899 die bekannte Rolle spielte, trat sogar im Landtage von 1898 mit dem Antrage hervor, das Propinationsrecht möge um vierzig Jahre, also bis 1950, verlängert werden. Die Demokraten seines Schlages möchten die ausgiebige Einnahmequelle, die jährlich zehn bis zwölf Millionen Gulden Pacht einträgt, nicht versiegen lassen, und sie sagen, das Volk sei an diesen Tribut schon gewöhnt. Ja, leider ist das Volk in Galizien von jeher an mancherlei gewöhnt, was anderswo ganz unerhört ist. Auf jeden Fall wird es noch heiße Kämpfe um die unglückselige Propination in Galizien geben. Es ist leicht begreiflich, daß es dort eng verbundne Kreise gibt, die die Verlängerung des jetzigen Zustandes auf Jahrhunderte hinaus wünschen möchten, da sie dabei ungeheuer viel verdienen und ohne Arbeit große Einkünfte haben.

Wie diese verderblichen Zustände überhaupt einmal geändert werden sollen, ist schwer abzusehen, denn in Galizien wollen die seither ausschlaggebenden Kreise und Bevölkerungsschichten nicht daran gehn. Man hat schon davon gesprochen, daß der Staat durch Einführung des Branntweinmonopols für ganz Österreich das galizische Propinationsrecht beseitigen möge, aber daran ist unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen gar nicht zu denken, und der Plan eines staatlichen Branntweinmonopols würde gerade wegen der Bedeutung der Schänkerfrage in Galizien für die dortigen maßgebenden Kreise und ihren weit verbreiteten Anhang in der ganzen Monarchie auf einen so ausgedehnten Widerstand stoßen, daß die Opposition in Deutschland gegen den Bismarckischen Vorschlag des Branntweinmonopols im Jahre 1886 daneben das reine Kinderspiel wäre. Es geschieht ja auch in Galizien alles nach „Gesetz und Recht," nach der österreichischen Verfassung und der autonomen Landesgesetzgebung für das Königreich, alle Geschäfte der Obrigkeit werden besorgt von den „gesetzlich" gewählten Vertretern des Landes und den „kaiserlichen" Beamten, die selbstverständlich Polen und in den höhern Stellen Schlachtschitzen sind, und über alles wacht der „kaiserliche" Statthalter, der natürlich einer der herrschenden Adelsfamilien angehört, und er nickt zu allem gnädig seine Zustimmung. Wenn so alles und jedes nach Recht und Gerechtigkeit zugeht, „so hat sich doch kein Mensch, kein Mensch darum zu kümmern!" Es kümmert sich auch kein Mensch darum, auch nicht die österreichische Regierung, die so viel mit dualistischen, parlamentarischen und nationalen Schwierigkeiten zu tun hat, daß sie hier nicht einzugreifen vermag, da mit verfassungsmäßigen Mitteln ohnehin nichts getan werden könnte, und zu einem Neubau der Monarchie, zu dem allerdings eine Sonderstellung Galiziens mit kaiserlich absolutem Regiment gehören würde, noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist. Dazu ist die polnische Frage noch nicht reif genug,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

außerdem ist sie auch mit der polnisch-jüdischen verquickt, deren Lösung der politischen Welt noch einmal großes Kopfzerbrechen machen wird, denn wohin mit den Leuten? Das größte Unglück für die polnischen Juden ist, daß sie namentlich für Galizien schon viel zu zahlreich sind, als daß sie sich redlich ernähren könnten. Auf dem Lande arbeiten mögen sie nicht, denn dreißig bis fünfzig Kreuzer Tagelohn, der nicht einmal während des ganzen Jahres zu verdienen ist, reicht nicht hin, den Bedarf der meist zahlreichen Familie zu decken, reicht ja eigentlich auch beim galizischen Bauern nicht hin, der aber doch meist ein Stück Land besitzt, auf dem er Kraut und Kartoffeln baut. Das besitzt aber der arme Jude nicht, und wenn er es besäße, würde er es zu Gelde machen, denn damit kann er dort mehr verdienen, als mit der Hände Arbeit. Auch wenn er ein Handwerk gelernt hat, arbeitet er doch nur in der Not, denn sein ganzes Wesen ist nun einmal darauf angelegt, die Arbeit des einen dem Bedürfnis des andern zuzuführen und von der Vermittlungsgebühr zu leben. Dieses Geschäftemachen um jeden Preis und auch um jeden Gegenstand ist von den Juden in Galizien so ausgebildet worden, daß es geradezu staunenswert ist, und sie haben jeden Zweig der Vermittlung so in den Händen, daß es auch wohlhabenden Kaufleuten in größern Städten schwer möglich ist, die Konkurrenz auszuhalten; ohne jüdische Agenten geht es überhaupt nicht. Aber das wirft alles noch nicht so viel ab, daß sich die ungeheure Menge ernähren könnte. Darum greift man zur Ausbeutung des Bauern und zum betrügerischen kaufmännischen Geschäft.

Die Ausbeutung des Bauern ist in Polen eine althergebrachte Einrichtung, an der die Aufhebung der Leibeigenschaft in der Praxis wenig geändert hat. Der Schlachtschitz hat sie von jeher betrieben, und seit er in Galizien die Herrschaft wieder in den Händen hat, setzt er den überlieferten Brauch fort. Höchstens einmal vor der Wahlzeit gedenkt er des Bauern, überläßt aber auch hierbei die eigentliche Arbeit den Beamten, die der Schlachta unbedingt zur Verfügung stehn, und den von ihm abhängigen Juden, die schon dafür sorgen, daß der Bauer im allgemeinen richtig wählen muß. Das ist ja bisher fast überall noch immer gelungen, aber es ist dem Polenklub unangenehm, daß in einigen Bezirken doch auch Männer gewählt worden sind, die dann im Abgeordnetenhause in Wien über Galizien in einer Art sprechen, die ihm nicht zusagt. Umsonst leistet der Jude solche Dienste natürlich nicht, sondern er leitet für sich daraus das Privilegium ab, nun auch seinerseits die Bauernschaft weiter auszusaugen, wobei ihm das Propinations- und das Schankwirtschaftsunwesen als ermunterndes Beispiel vor Augen stehn. Die Schänke und die Beziehung zum Schankwirt bieten auch sonst meist die Gelegenheit, den Bauern auszubeuten. Diese werden auf allerlei Weise zu Trunk und Schuldenmachen verleitet und dann meist durch Wechsel zugrunde gerichtet. Vielfach wird dabei mit gefälschten Wechseln gearbeitet, und in den letzten zwei Jahren sind allein im Städtchen Neumarkt bei Zakopane beim Eisenhändler Beinhaupt und in Tarnopol beim Getreidehändler Hersch Weißbrod förmliche Fabriken gefälschter Bauernwechsel entdeckt worden. Nach den Erhebungen des polnischen Landesausschusses selbst sind aus den 20 östlichen Bezirken

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Galiziens, das im ganzen 76 Bezirke hat, im Jahre 1897 nicht weniger als 6707 Personen ausgewandert, nachdem sie entweder durch Wucherer von Haus und Hof vertrieben oder durch jüdische Agenten zur Auswanderung verleitet worden waren. Durchschnittlich 2500 Bauernfamilien werden in Galizien jährlich durch gerichtliche Zwangsversteigerung aus ihrem Besitz und an den Bettelstab gebracht. Die Folge davon ist eine starke Auswanderung, die von Jahr zu Jahr wächst. Zahlreich sind die Majestätsgesuche, die jährlich von polnischen und von ruthenischen Bauern um Anordnung eines neuen Gerichtsverfahrens in Besitzprozessen eingereicht werden, in denen überall der Bauer durch allerlei Kniffe und Ausnutzung seiner Gesetzesunkenntnis an seinem Eigentum geschädigt worden ist.

Daß die Schlachtschitzen mit diesen Vorgängen einverstanden wären, ist natürlich nicht anzunehmen, um so weniger als ihnen die wachsende Auswanderung landwirtschaftliche Arbeitskräfte entzieht; aber sie sind meist schon von ihren jüdischen Hypotheken- und einfachen Schuldgläubigern, die wieder ihre schützende Hand über ihre Glaubensgenossen halten, so abhängig, daß von ihrer Seite nie etwas zugunsten der für sie auch bloß als Feldarbeiter beachtenswerten Bauern geschieht. Außerdem sind diese in Ostgalizien Ruthenen, die von der polnischen Herrschaft nichts wissen mögen, die man darum zu vermindern und durch Polen zu ersetzen sucht. Daß das Elend der Bauern von Zeit zu Zeit zu Ausbrüchen führt, ist leicht begreiflich, sie richten sich immer gegen die jüdischen Schänker und Dorfwucherer. Im Mai 1898 nahmen diese Krawalle einen Umfang an, daß über einen Teil von Westgalizien der Belagerungszustand verhängt wurde und die Gendarmerie von der Schußwaffe Gebrauch machte, wobei einige Dutzend Bauern erschossen wurden. Die amtlichen Berichte ergaben hinterher, daß ausschließlich jüdische Wirtshäuser verwüstet und eine Anzahl Juden mißhandelt worden waren, die Toten und Verwundeten waren dagegen ausschließlich Bauern. Unter diesen Umständen mußte es auffallen, daß der Polenklub schon am 10. Juni eine scharfe Resolution gefaßt hatte, worin die Regierung zur energischen Unterdrückung der „umstürzlerischen Bestrebungen" aufgefordert wurde. Eine Lemberger Korrespondenz eines Wiener Blattes gab darüber Aufschluß, indem sie behauptete, die polnischen Adlichen pflegten um diese Zeit in die Bäder zu gehn und das dafür nötige Geld als Vorschuß auf die Ernte aufzunehmen. Die Juden hätten sich diesesmal geweigert, das übliche Geschäft zu machen, und dadurch die Resolution bewirkt. Auch wenn diese durchaus nicht unglaubwürdige Darstellung nicht wahr sein sollte, so wirft schon der zugrunde liegende Gedankengang ein bezeichnendes Licht auf die ungesunden Zustände Galiziens. Tatsache ist übrigens, daß das eigentliche Blatt der Schlachtschitzen, der Krakauer „Czas," das Vorgehen des Polenklubs durch „bedauerliche Irrtümer" zu entschuldigen versuchte.

Auf die eigentümlichen kaufmännischen Kreditverhältnisse und die planmäßigen betrügerischen Bankerotte in Galizien soll hier nicht eingegangen werden, da sie eben einen weltbekannten Ruf erlangt haben. Es ist noch keine zwei Jahre her, daß zwölf der wichtigsten industriellen Vereinigungen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Österreichs eine Eingabe an den Justizminister richteten, er möge durch entsprechende Maßregeln den unverschämten Kreditschwindel in Galizien und der Bukowina bekämpfen. Um die Wirkung dieses beschämenden Vorgangs namentlich auf Galizien abzuschwächen, erfüllten die galizischen Schlauköpfe sofort die Welt mit Berichten über den schrecklichen Boykott, den sie im Verein mit den Geschäftsgenossen in Russisch-Polen wegen der Wreschener Schulvorgänge über alle „preußischen" Waren verhängt hätten. Man ersieht daraus, welchen sinnvollen Hintergrund zuweilen der polnische Patriotismus hat. Die deutschen Exporteure haben sich bekanntlich aus dem ganzen Boykottgeschrei wenig gemacht, denn sie wußten im voraus, daß die englischen und die französischen Unternehmer sehr wenig erbaut sein würden, wenn sie die galizischen Kreditverhältnisse zu kosten bekommen würden.

Am Schlusse dieser Mitteilungen, die wie die „Märchen aus tausend und einer Nacht" ohne zu ermüden eine beliebige Fortsetzung zulassen würden, darf wohl die Bemerkung Raum finden, daß Galizien ein wirtschaftlich vollkommen ruiniertes Land ist, das vielleicht binnen kurzer Zeit der österreichischen Monarchie, möglichenfalls dem gesamten Europa eine politische und eine Kulturaufgabe stellen wird, ähnlich wie sie heute die Balkanhalbinsel bietet. Es rächt sich schwer, daß man den Polen länger als ein Vierteljahrhundert ein mächtiges Stück Land in eigne Hände gegeben hat, denn sie vermögen politisch nichts ins Werk zu setzen als eine auf unerfüllbaren Träumen beruhende nationale Agitation mit rücksichtsloser Unterdrückung aller Fremden; wirtschaftlich versagen sie vollständig und fallen der Ausbeutung anheim. Das Polenreich der Zukunft wird da keine materielle Stütze finden, denn das Land würde höchstens Offiziere für den angekündigten Befreiungskampf liefern, die große Masse des Landvolks aber daheim bleiben. Die einzige Kräftigung, die das Polentum in Galizien erfahren hat, ist die Polonisierung deutscher Familien, die die Grundlage für einen polnischen Mittelstand abgeben, wenn auch nicht in demselben Umfange, wie dies im „preußischen Anteil" der Fall gewesen ist. In polnischen Kreisen weiß man das auch und setzt, in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß ihnen nur auf diese Weise frisches Blut zuwachsen kann, die Bemühungen fort, die die letzten deutschen Reste in Westgalizien, namentlich in den noch 1866 zum Deutschen Bunde gehörenden ehemaligen piastischen Herzogtümern Auschwitz (Oswiecim) und Sator, mit Gewalt polnisch machen sollen. Ebenso betreibt man eine Agitation, um den östlichen Teil von Österreichisch-Schlesien, das einst auch piastische Herzogtum Teschen, zu polonisieren. Es wäre sicher kein kleiner Gewinn für das Polentum, wenn es ihm gelänge, was dort deutsche Kultur seit Jahrhunderten geleistet hat, mit der polnischen Etikette zu überkleben.

—y—